

Annoncen.  
Annahme-Bureaus  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 17.)  
bei C. L. Ulrich & Co.  
Breitestraße 20,  
in Grätz bei J. Strischau,  
in Weseritz bei H. Matthes,  
in Wreschen bei J. Jadesohn.

Annoncen.  
Annahme-Bureaus  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien:  
bei G. L. Paule & Co.,  
Haasenstein & Vogler,  
Rudolph Moos.  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank“.

# Posener Zeitung.

Neunzigster Jahrgang.

Nr. 265.

Montag, 16. April.

1883.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 40 Pf. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Abonnement 20 Th. die sechsgespaltene Zeitung über deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

## Deutscher Reichstag.

66. Sitzung.

Berlin, 14. April. Am Tische des Bundesrates: Bödiker. Präsident von Levezow eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr. Durch ein Schreiben des Reichskanzlers (A. V.: Scholz) wird dem Haue mitgetheilt, daß der Chef der Admirälat, General-Vizeadmiral Caprivi, zum Bevollmächtigten des Bundesrates ernannt worden ist. Abg. Petersen (Landau-Neustadt, national-liberal) hat in Folge seiner Ernennung zum Reichsgerichtsrath sein Mandat niedergelegt. Die Berathung der Novelle zur Gewerbeordnung wird fortgesetzt.

Art. 11 behandelt die Frage der Arbeitgeber.

Die Kommission schlägt folgenden neuen § 107 vor:

Als gewerbliche Arbeiter dürfen, soweit reichsgesetzlich nicht ein anderes angelaufen ist, nur solche Personen berufen werden, welche mit einem Arbeitsbuch verliehen sind. Bei der Annahme solcher Arbeiter hat der Arbeitgeber die Vorlegung des Arbeitsbuchs zu fordern. Nach der vom Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter in Gemäßheit von § 111 erfolgten Eintragung der Zeit des Eintritts und der Art der Beschäftigung hat der Arbeitgeber dem Arbeiter auf dessen Verlangen das Arbeitsbuch zur Auswehrung auszuhändigen.

Das Arbeitsbuch der Lehrlinge und der Arbeiter unter 21 Jahren hat der Arbeitgeber an sich zu behalten und zu verwahren, auf amtliches Verlangen vorzulegen und nach rechtmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses dem Arbeiter wieder auszuhändigen.

Auf Kinder, welche zum Besuch der Volkschule verpflichtet sind, finden vorliegende Bestimmungen keine Anwendung.

Abg. Ackermann: Raum je ist eine Frage agitatorisch so verwertet worden, wie die vorliegende. Man hat den Arbeitern von Reaktion unverdiger Bevormundung gesprochen und sie dahin gebracht, daß sie einen Petitionssturm gegen die beabsichtigte Maßregel eröffneten. Doch haben sich im Ganzen nur 150.000 Arbeiter dieser Agitation angeschlossen, was nicht viel besagen kann, während andererseits von Versammlungen, politischen Vereinen und Gewerbeamtern Petitionen für die obligatorischen Arbeitsbücher eingereicht worden sind. Schon, wenn man die Stimmen, anstatt sie zu zählen, wägen wollte, würde man wissen, wo die Wahrheit liegt. Aber auch die Zahl der Petitionen für diese Maßregel ist bei weitem größer, als die Zahl derer, die sich dagegen ausgesprochen haben und unter den ersten befinden sich nicht nur Handwerksmeister, sondern auch Großindustrielle und selbst Arbeiter. Die Arbeitsbücher sind eine alte Forderung meiner Partei, die sie oft erhoben hat und die bei Berathung der Gewerbe-Novelle nicht hat verschwiegen werden dürfen. Diese Maßregel ist auch bereits in voller Geltung in vielen Ländern Europas wie in Frankreich, wo sie selbst unter der Republik nicht aufgehoben worden ist, in Belgien und in Österreich wird sie wohl bald wieder zur Geltung gelangen. Bis zum Jahre 1869 hat diese Maßregel auch in denjenigen preußischen Provinzen, in denen das französische Recht galt, bestanden und im Königreich Sachsen hat man sie beibehalten, obwohl die alte sächsische Gewerbeordnung auf dem Grundsatz der Gewerbefreiheit beruht. Es ist interessant, sich zu erinnern, in welcher Weise bei der zweiten Lesung der Gewerbeordnung die Forderung der Arbeitsbücher gestrichen wurde. Es war ein dahin gehender Antrag eingebrochen worden, und da die Abstimmung zweifelhaft schien, bat der damalige Präsident um die Gegenprobe, bei der sich eine sehr geringe Majorität für den Antrag auf Streichung ergab. Es ist notorisch, daß bei dieser Gelegenheit eine große Zahl von Mitgliedern sich der Abstimmung enthielt. Es waren nicht nur die Kleingewerbetreibenden, sondern auch die Großindustriellen, die für diese Maßregel eintraten, und wenn man vorgeschlagen hat, die Arbeitsbücher nur während der Tätigkeit im Kleingewerbe für die Arbeiter in Anwendung zu bringen, so muß man sich vergegenwärtigen, daß die Arbeiter bald im kleinen Handwerk und bald in der Großindustrie thätig sind, und daß ein Arbeitsbuch, das nur lückenlose Nachweise enthielte, überhaupt wertlos ist. Die Arbeitsbücher haben das Gute für den Arbeiter, daß man dadurch in die Lage kommt, Erfundungen über sie einzuziehen, und in dieser Weise gute Arbeiter leicht empfohlen werden. Man wird aber auch die Bagabondage durch diese Maßregel trennen, da man dann gleich erkennen kann, wer ein wandernder, arbeitslustiger Arbeiter und wer ein arbeitsscheuer Bagabond ist. Man hat von unverdiger Bevormundung der Arbeiter durch die Arbeitsbücher gesprochen, aber hat man schon je behauptet, daß ein anderer Stand, der bei der Anstellung Legitimationsschriften und Zeugnisse beibringen muß, unverdigt bevormundet wird? Man wendete auch gegen die Arbeitsbücher ein, daß die Zeit dafür schlecht gewählt sei, weil durch die Schutzölle und das Sozialistengesetz die Arbeiter genug bedrückt seien. Ich bestreite, daß die Schutzölle die Arbeiter bedrücken, und das Sozialistengesetz richtet sich nur gegen diejenigen, die die Grundlagen des Staates und der Gesellschaft in Frage stellen. Was die sozialpolitischen Reformen betrifft, so sind wir entschlossen, alle Forderungen zu erfüllen, die im Sinne der kaiserlichen Botschaft gestellt werden (Bravo! rechts) und werden in dem Streben zur Besserung der Lage der arbeitenden Klassen nicht ermüden. Verwahren muß ich mich gegen den Bormuri, als ob die Maßregel aus einer dem Arbeiter feindseligen Stimmung hervorgegangen ist. Wir wollen Ordnung schaffen und halten die Arbeitsbücher für das beste Mittel dazu. Endlich werden die Arbeiter ja doch erkennen, auf welcher Seite sie ihre Freunde zu suchen haben (Zustimmung rechts). Ich denke alle Einwendungen gegen die Arbeitsbücher, so weit sie mir bekannt geworden sind, widerlegt zu haben. Sie können die Arbeitsbücher ablehnen, aber damit wäre die Frage nicht erledigt; sie wird stets wiederleben, wenn auch in anderer Form. Wir werden durch eine etwaige Ablehnung der Arbeitsbücher nicht entmutigt werden und ich denke, wozu der Mensch Mut hat, dazu findet er auch den Weg. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Löwe (Berlin): Der Abg. Ackermann hat der Bewegung gegen die Arbeitsbücher die Spitze abzubrechen geglaubt, als er sagte, die Petitionen seien nur ein Produkt gewissenloser Agitatoren gewesen. Doch steht die Regierungsworlage auf demselben Standpunkt wie wir, und ich halte es für eine Pflicht der Regierung, diesen Anlaß zu benutzen, um Stellung zu nehmen gegenüber den Kommissionsbeschlüssen. Es ist wahr, seit zehn Jahren beschäftigt die vorliegende Frage verschiedene parlamentarische Körperschaften und wenn man auch in Sachsen den Versuch gemacht hat, die Arbeitsbücher einzuführen, so ist dieser Versuch doch missglückt. Die Bestimmungen waren auf dem Papier, aber sie wurden nicht ausgeführt, und das war lediglich eine Folge der Produktionsverhältnisse im vorigen Jahrzehnt. Die Periode,

in der es am schwersten war, das Arbeitsbedürfnis zu befriedigen, war die Gründerzeit. Die Arbeiter zogen vom Lande in die Stadt, die Landwirtschaft konnte nicht mit der Industrie konkurrieren, und auch innerhalb der letzteren stand ein befähigtes Fluktuiert der Arbeiter dorthin statt, wo die höchsten Löhne gezahlt wurden. Dadurch wurde zuerst eine Demoralisation der Arbeiter bewirkt; aber eine solche machte sich damals in allen Kreisen geltend und man braucht sich nicht zu wundern, daß auch die Arbeiter extravagierten. Und deshalb will man die Arbeiter nun mit Polizeimazregeln festeln, um die Wiederkehr solcher Verhältnisse unmöglich zu machen. Sie (zur Rechten) können sich nicht emporschwingen zu dem Standpunkte, die Arbeiter als gleichberechtigt anzusehen. (Oho! rechts.) Damals hat man sogar Versuche gemacht, den Kontraktbruch kriminell zu bestrafen; doch das gelang Ihnen trotz Ihres hohen Muthe bei uns nicht. Und seitdem datieren die Versuche durch Einführung der Arbeitsbücher den Kontraktbruch der Arbeiter unmöglich zu machen und ihn zugleich unter polizeiliche Botmäßigkeit zu bringen. Was die Arbeitsbücher in Frankreich betrifft so hat Herr Ackermann die Verhältnisse dafür doch nicht richtig gezeichnet. In Frankreich hatte man nicht Arbeitsbücher, wie sie uns vorgeschlagen werden, sondern es bestanden Kassen- oder Rechnungsbücher, in denen der Bezug des Rohmaterials vom Arbeitgeber registriert wurde, mit denen aber die Polizei nichts zu schaffen hatte. — Zweifelhaft ist es, ob in der That auf Grund des Arbeitsbuchs wertvolle Erfundungen werden eingespielt werden können, absolut richtige Resultate werden dabei ja niemals erzielt; ein früher vortrefflicher Arbeiter kann sich verschlechtert haben, wie ein früher in guten Verhältnissen lebender Fabrikant plötzlich zahlungsunfähig werden kann. Man hat dem Votum der Leipziger Gewerbeamtern großes Gewicht beizumessen. Aber einmal sollte man auf das Urteil von Gewerbeamtern deshalb nichts geben, weil in ihnen nur Arbeitgeber vertreten sind und dann muß man sich erinnern, daß dieselbe Kammer in den Jahren 1873—76 sich stets entschieden gegen obligatorische Arbeitsbücher ausgesprochen hat. Damals haben die Herren Gott gedacht, daß sie in genügender Zahl Arbeiter bekamen und haben sich gebürtet, Maßregeln zu treffen, wodurch die Möglichkeit, Arbeiter zu bekommen, sehr abgeschwächt worden wäre. Später jedoch, als sich die Produktionsverhältnisse geändert hatten und die Nachfrage nach Arbeitskräften nachgelassen hatte, da wollten die Herren die Arbeiter für ihr Verhalten in den Gründerjahren kritisieren und stimmten für obligatorische Arbeitsbücher. Man soll also nicht auf das Urteil von Interessenten zurückgreifen; Leute, die sich für Schutzölle erwärmt haben, werden auch einer solchen Maßregel zustimmen. Missbräuche werden sich nicht vermeiden lassen, und wie aus den Beichten der Fabrikinspektoren ersichtlich ist, werden die Arbeitgeber fortfahren, sich unter einander über die politische Überzeugung und die sonstigen persönlichen Eigenschaften des Arbeitnehmers durch eine gewisse Fassung der Bescheinigung zu verstündigen. Die Angabe der Arbeitsdauer ist überflüssig und unnötig, denn von ihr auf die technische oder moralische Qualifikation der Arbeiter schließen zu wollen, ist nicht ratsam. Das Anschwellen der Arbeitskräfte an einem Ort, Konkurrenz, Lohnschwankungen und ähnliche Gründe können veranlassen, daß ein guter und tüchtiger Arbeiter öfters den Dienst wechselt, während ein schlechter Arbeiter oft sehr lange Zeit auf einer Stelle hockt. In Frankreich hat man sich tatsächlich um die Arbeitsbücher nicht gekümmert, und da eine gute Kontrolle darüber unmöglich war, nahm man die Arbeiter ohne Arbeitsbuch, wenn man ihrer bedurfte. Gerade so werden es die Arbeitgeber in Deutschland machen. Und wie man in Frankreich nur dann eine bessere Kontrolle über die Arbeitsbücher einführt, wenn es sich um Verfolgung politisch missliebiger Persönlichkeiten handelt, so wird man auch bei uns die Arbeitsbücher zum Schaden der sozialistischen Arbeiter anwenden. Die Petitionen, welche für die Arbeitsbücher eingegangen sind, sind durch die Arbeitgeber veranlaßt worden, welche in dieser Frage wirklich nicht so kompetent sind wie die Arbeiter. In freien Versammlungen haben sich die Arbeiter durchweg gegen die Arbeitsbücher erklärt und die Anzahl der Unterschriften wäre zehnmal so groß, wenn die Arbeiter nicht unter dem Druck des Sozialistengesetzes ständen. — Abg. Ackermann sagte, wenn erst das Gesetz erlassen ist, werden sich die Arbeiter fühlen; daran zweifeln auch wir nicht, daß das Volk in seinem gesetzlichen Sinne sich fühlt, aber handelt es sich denn nur darum? Nein, es ist vor Allem nötig, daß das Volk auftrieden ist mit seinen Gesetzen. (Sehr wahr! links.) Sie wollen fortwährend reaktionäre Maßregeln wieder einführen, die das deutsche Volk verborreszirt; die vorgeschlagenen Schritte sind in der Mehrzahl gegen das Volkswohl gerichtet. Sie glauben, wenn Sie den Arbeiter an die Kette der Arbeitsbücher legen, daß Sie ihn unterdrücken und auf dem Lande festhalten werden. Aber Sie irren sich, es wird Ihnen nicht gelingen. Leben Sie die heutigen Vorschläge der Kommission ab, und wir wollen hoffen, daß sie dann nicht wiederkehren. (Beifall links.)

Geh. Rath Bödiker erklärt, daß die verbliebenen Regierungen erst dann zu dieser Frage Stellung nehmen würden, wenn ein Beschluss des Hauses vorliegt. Die zu § 108 gestellten Anträge des Abg. Mundel halte er für acceptabel, doch müsse er den Beschluss darüber ebenfalls den verbliebenen Regierungen vorbehalten. Dieser Antrag geht dahin, daß das Arbeitsbuch für jugendliche Arbeiter auf Antrag des Vaters ertheilt werden soll; wenn der Vater diesen Antrag ohne Grund und zum Nachtheile des Arbeiters verweigert, so kann die Gemeindebehörde diese Genehmigung des Vaters ersezten.

Abg. v. Schalscha: Die Vorwürfe, welche der Abg. Löwe gegen die rechte Seite dieses Hauses erhebt, könnten wir mit viel größtem Rechte gegen die Liberalen erheben, denn die Bissen, die diese eingebracht, seien noch lange nicht aufgezehrt. Er nennt nur das Altengesetz, den Gründungsschwindel, den Wucherschwindel, die Mai-Gesetze. Was die zahlreichen Unterchristen unter den Petitionen anlangt, so wolle er dieselben nicht unterschämen; aber er wolle doch hervorheben, was Herr Dr. Hirsch in einer Berliner Volksversammlung einmal erklärte, es sei nämlich eine Kleinigkeit, in Berlin für die Petition 100.000 Unterschriften zu gewinnen. Es sei das auch ganz natürlich, denn es handelt sich hier ja um Arbeiter. Wenn Herr Löwe von seinen Erfahrungen spreche, so sei er seinerseits ebenfalls in der Lage, sich auf seine Erfahrungen zu berufen. Er habe in seinem Heimatkreise eine Volksversammlung berufen, die von Arbeitern und Arbeitgebern aller Parteien besucht gewesen ist. In derselben sei die Frage der Arbeitsbücher diskutiert worden, aber keine einzige Stimme habe sich gegen dieselben erhoben. Der Arbeiter könne sich erst dadurch als Mensch fühlen, daß er über seine Leistungen ein Zeugnis verlangen darf. Er habe in der Kommission für die Arbeitsbücher gesprochen und gestimmt, aber er habe sich vorbehalten, eventuell sein

Votum zu ändern. Nach den inzwischen gemachten Erfahrungen finde er indeß keine Veranlassung, seine Meinung in dieser Frage zu ändern, er werde deshalb für die Kommissions-Beschlüsse stimmen.

Abg. Lüders (Görlitz) erkennt an, daß die Arbeitsbücher eine alte Forderung der Konseriativen sind; diese hätten es überhaupt verstanden, an ihren alten Forderungen zähe festzuhalten. Die vorgeschlagene Form der Arbeitsbücher sei viel schlechter, als die Erteilung von Zeugnissen. Gute Arbeiter ließen sich auch jetzt Zeugnisse aussieben, dazu bedürfe es keines Zwanges. Das Bagabondenthum werde durch diese Arbeitsbücher nicht beseitigt, sondern nur gefördert, denn der Mangel eines Arbeitsbuchs hindert auch den besten Arbeiter daran, Arbeit zu suchen. Die Arbeitsbücher nützen gar nichts. Es gebe aber sehr wohl Mittel, die Arbeiter am Kontraktbruch zu hindern. Eine kleine Forderung, die man von dem Lohn des Arbeiters zurückbehält, genüge in den meisten Fällen den Arbeiter vom Davonlaufen zurückzuhalten. In den Bestimmungen der Vorlage liege eine Geringstschätzung der Arbeiter, die Niemand billigen könnte, der noch ein Rechtsgefühl besitzt. Zu Gunsten der Handwerksmeister vergleichen Bestimmungen treffen zu wollen, sei zwecklos, denn der Handwerker werde schwerlich einen Nutzen davon haben. Diesen könnte nur durch Fachschulen oder ähnliche Einrichtungen ein wirklicher Nutzen geschaffen werden.

Abg. Kräcker (Sozialdemokrat) erkennt in der Einführung obligatorische Arbeitsbücher nur eine Vervollständigung der Konsequenz des Sozialistengesetzes. Der Arbeiter solle abhängig gemacht werden vom Arbeitgeber; durch die Stellung des Arbeitgebers solle in gewissem Sinne die Polizei vermehrt werden. Die Arbeitsbücher würden keinen Nutzen schaffen, wohl aber würde durch dieselbe das ohnehin schon anflockende Heer der Bagabonden ansehnlich vermehrt werden. Was es mit der Versammlung des Herrn v. Schalscha auf sich hat, wisse man aus anderen ähnlichen Versammlungen, wo der Vorstand Namens sämtlicher abwesenden Mitglieder für die Arbeitsbücher stimmte, wie beispielsweise der Gewerkeverein in Großenhain. Das Arbeitsbuch sei für den Arbeiter nichts weiter, als ein Steckbrief, den er selbst in der Tasche tragen soll. Geheime Kennzeichen für die Arbeitgeber könnten stets angewendet werden in der Farbe des Stempels oder des Papiers. Wie durch die Dienstbücher jährlich Hunderte von Dienstmädchen der Prostitution in die Arme getrieben werden, so würden künftig Hunderte von Arbeitern der Bagabondage anheimfallen. Man verweise auf Frankreich, wo solche Arbeitsbücher bestehen, aber man verweise, daß die französischen Arbeiter auf allen Kongressen gegen diese Arbeitsbücher protestieren. Ich protestiere Namens aller sozialdemokratischen Arbeiter gegen diese Einrichtung und bitte Sie, diese abzulehnen, wenn Sie nicht auf Abrechnung hinaus die Arbeiter mit Haß erfüllen wollen.

Abg. Dechhäuser kann nicht zugeben, daß der achtbare und ehrbare deutsche Arbeiter besondere Maßregeln bedürftig wäre, um auf der Bahn der Rechtlichkeit erhalten zu werden. Die Arbeitsbücher würden das Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber nur verbittern. Die Fabrikanten wollen keine Arbeitsbücher und die kleinen Handwerksmeister würden den Nutzen, welchen sie von ihnen erwarten, auch nicht haben. Das allein richtige Prinzip ist das der freien Einbarung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber; der soziale Fortschritt lasse eine Rückgängigmachung über diesen Punkt auch gar nicht zu.

Die Debatte wird hier unterbrochen, da der Finanzminister verlangt. (Das Haus erhebt sich.)

Wir Wilhelm von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen u. s. w. thun kund und fügen hiermit zu wissen: Wir haben es jederzeit als eine der ersten von uns als Kaiser übernommenen Pflichten erkannt, der Lage der arbeitenden Klassen im ganzen Reiche dieselbe Fürsorge und Pflege zu zuwenden, welche Wir in Preußen zur Fortbildung der von Unserm in Gott ruhenden Vater im Anfang dieses Jahrhunderts begründeten Reform zu betätigen suchten. Schon beim Erlaß des Sozialistengesetzes haben Wir Unserer Überzeugung dahin Ausdruck gegeben, daß die Gesetzgebung sich nicht auf politische und abwehrende Maßregeln beschränken darf, sondern suchen muss, zur Heilung oder doch zur Milderung des durch Strafgesetze belästigten Uebels Reformen einzuführen, welche dem Wohle der Arbeiter förderlich, die Lage derselben zu verbessern, zu fördern und zu sichern geeignet sind. Dieser Unserer Überzeugung haben Wir insbesondere in Unserer Botschaft vom 17. November 1881 Ausdruck gegeben und Uns gefreut, als einen ersten Erfolg in dieser Richtung in Unserem Königreich Preußen wenigstens die beiden ersten Stufen der Klassensteuerpflichtigen befreien zu können.

Dankbar für die einmütige Unterstützung Unserer hohen Verbliebenen, dankbar für die hingebende Arbeit Unserer Behörden, sehen wir auch auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung den Anfang des Reformwerks soweit gediehen, daß dem Reichstage zu Anfang der Session der Entwurf eines Unfall-Versicherungsgesetzes in einer mit Rücksicht auf die frühere umgearbeiteten Fassung vorgelegt und ergänzt werden konnte durch einen Gesetzentwurf zur Organisation des Krankenkassenwesens. Seitdem haben Wir, den Verhandlungen des Reichstages über diese Vorlagen mit besonderer Aufmerksamkeit folgend und zu jeder möglichen Erleichterung derselben gern die Hand bietend, an dem Wunsche und der Hoffnung festgehalten, daß diese Session des Reichstages nicht zu Ende gehen werde, ohne daß jene Vorlagen und Gesetze in einer die Sanktion ermöglichen Gestalt zur Annahme gelangen. Wir haben auch mit Anerkennung und Befriedigung gesehen, wie die ernste Arbeit des Reichstages die Beratung des Krankenkassenwesens bereits soweit gefördert hat, daß in Bezug hierauf die Erfüllung Unserer Erwartung kaum mehr zweifelhaft erscheint. Mit Sorge aber erfüllt es Uns, daß die prinzipiell wichtigere Vorlage des Unfallversicherungsgesetzes noch so sehr im Rückstande ist, und daß daher auf deren Durchberatung nicht mit gleicher Sicherheit gerechnet werden kann.

Bliebe diese Vorlage jetzt unerledigt, so würde auch die Hoffnung, in der nächsten Session die weiteren Vorlagen, betreffend die Alters- und Invaliden-Besorgung, durchzuberathen, völlig schwinden, wenn die Berathung des Reichshaushalts - Etats für 1884/85 noch die Kraft des Reichstages während der WinterSession in Anspruch nähme. Wir haben deshalb für geboten erachtet, die Zustimmung der verbündeten Regierungen dahin zu beantragen, daß der Entwurf des Reichshaushalts - Etats dem Reichstag jetzt von Neuem zur Beschlussnahme vorgelegt wird. Wenn dann die Vorlage über die Unfallversicherung in der laufenden Klub-Session vom Reichstag nicht mehr berathen und festgestellt wird, dann wird durch vorgängige Berathung des Reichshaushalts - Etats wenigstens für die WinterSession die Freiheit gewonnen werden, welche erforderlich ist, um die sozialen Reformen auf wirtschaftlichem Gebiete zu fördern. Die Zeit ist eine lange für die Empfindung, mit welcher wir in unserem Lebensalter auf die Erfüllung der Aufgaben blicken, welche zu lösen sind, ehe die in der Botschaft ausgesprochenen Gedanken eine praktische Bedeutung soweit erhalten, daß sie volles Verständnis und volles Vertrauen finden. Unsere Kaiserlichen Pflichten aber fordern uns auf, kein Mittel zu versäumen, um für die Besserung der Lage der Arbeiter und für die Erhaltung des Friedens unter den Klassen der Bevölkerung, so lange Gott uns fristet, zu wirken. Darum wollen wir dem Reichstag durch Unsere Botschaft von Neuem und unter Anrufung seiner bewährten und treuen Anhänglichkeit die baldige Erledigung der vorbezeichneten Aufgaben dringend ans Herz legen.

Gegeben Berlin, den 14. April 1883.

(gez.) Wilhelm.  
(gegengesetz.) v. Bismarck.

Abg. Richter (Hagen) bittet den Präsidenten, diese Botschaft möglichst bald zu einer näheren Besprechung auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Dr. v. Minnigerode hält eine Geschäftsordnungs-Débatte über die sauerländische Botschaft für nicht am Platze und glaubt, Abg. Richter habe seine Bemerkungen nur gemacht, um den Eindruck abzuschwächen, den diese Botschaft hier gemacht.

Abg. Richter (Hagen) glaubt, daß die schleunige Behandlung dieser Botschaft richtiger ist, als die selbe einfach zu den Akten zu legen, wie Abg. v. Minnigerode es wolle.

Abg. Dr. Windthorst wünscht, daß zunächst keine weitere Bemerkung an die Botschaft gelnüpft, sondern in der Tagesordnung fortgeführt werde.

Unter großer Unruhe des Hauses wird die Débatte über die Ge- werbenovelle fortgesetzt.

Abg. Günther (Sachsen) empfiehlt die Einrichtung der Arbeitsbücher als das einzige Mittel, dem Arbeiter einen Ausweis über seine Tätigkeit zu geben; der Arbeiter sollte stolz sein auf dies Diplom, das ihm die Anwaltschaft gibt in schlechten Zeiten Arbeit zu erhalten.

Die Débatte wird geschlossen und § 107 abgelehnt. § 108 wird ohne Débatte in der Fassung der Regierungsvorlage mit dem Antrage Munkel angenommen. Weiter wird auf Antrag Munkel der Abs. 1 des § 137 nach den Kommissionsbeschlußen in folgender Fassung angenommen: "Die Beschäftigung eines Kindes in Fabriken ist nicht gestattet, wenn dem Arbeitgeber nicht zuvor für dasselbe eine Arbeitskarte eingebändigt ist. Dasselbe gilt hinsichtlich der noch zum Besuch der Volksschule verpflichteten jungen Leute zwischen 14 und 16 Jahren. Eines Arbeitsbuches bedarf es in diesem Falle nicht." — Die folgenden Artikel der Vorlage werden, da dieselben in Verbindung mit dem noch in der Kommission durchzuberathenden Paragraphen von der Berathung abgesetzt, und der Präsident schlägt dem Hause die Vertagung vor.

Abg. Richter (Hagen) fragt, ob dem Präsidenten nicht bekannt sei, wann die preußische Regierung beabsichtige, das Abgeordnetenhaus zu vertagen, denn man müsse doch annehmen, daß die preußische Regierung jetzt Alles befehligen werde, was die Arbeiten des Reichstags fördern könne.

Der Präsident erklärt, daß er die Absichten der preußischen Regierung nicht kenne und beräumt die nächste Sitzung auf Donnerstag, 19. April, Mittags 1 Uhr, an. Tagesordnung: Allgemeine Rechnungen pro 1879/80 und Bericht der Kommission über das Krankenversicherungsgesetz. Schluß 4 Uhr.

## Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 15. April. Das Erstaunen, welches zunächst durch die Thatsache des Erlasses der Kaiserlichen Botschaft gestern auf allen Seiten hervorgebracht worden, ist mit dem ersten Eindruck keineswegs verflohen, sondern hält bei jeder näheren Erörterung dieses Ereignisses in verstärktem Maße vor. Der Königliche Erlass vom Anfang des vorigen Jahres an das preußische Staatsministerium, vorher die Botschaft vom November 1881 zur Gründung des Reichstags, und zahlreiche andere Kundgebungen haben allerdings zur Genüge bewiesen, daß Fürst Bismarck es seit einiger Zeit für prinzipiell geboten erachtet, die Krone so stark wie möglich an dem politischen Tageskampfe zu engagieren, ihren Einfluß so viel wie möglich direkt geltend zu machen. Aber darauf, daß er zum Erlass einer Botschaft an den Reichstag in der Frage rathe würde, ob jetzt oder erst im Winter zwei Wochen auf die Staatsberathung verwendet werden sollen, wäre doch Niemand verfallen. Man muß sich zur richtigen Beurtheilung dieses Entschlusses des Reichskanzlers nur vor Allem gegenwärtig halten, daß bisher nicht einmal irgend eine Bekundung der Absicht, den Staat nicht in der gegenwärtigen Session zu berathen, seitens des Reichstags oder selbst nur mehrerer größerer Fraktionen desselben vorlag. Streng genommen, hat Fürst Bismarck den Rath zu einem so ungewöhnlichen Schritte entschloß auf einige — unverbürgte Meldungen liberaler und klerikalischer Zeitungs-Korrespondenten hin, welche zu einer Zeit, als notorisch noch nicht einmal Fraktions-Berhandlungen über die Frage stattgefunden hatten, berichteten, eine Majorität werde die Berathung bis zum Winter verschieben. Die Thatsache, daß Fürst Bismarck zur Durchsetzung seines Willens in der seit dem 1. April, seit dem Beginn des neuen Staatsjahres nicht einmal mehr prinzipiell die Autorität der Krone angerufen, hat den peinlichsten Eindruck gerade bei solchen Abgeordneten der liberalen Seite gemacht, welche von vornherein durchaus geneigt waren, jetzt, wo es sich um den Staat des nächsten Jahres handelt, denselben in der gegenwärtigen Session zu berathen; es ist ihnen naturgemäß sehr unerwünscht, daß nun der Schein erwacht werden kann, als ob sie zur Vornahme der Berathung unter einem Druck von außen sich herbeiließen. Nicht

mit Unrecht wird die Ansicht ausgesprochen, daß Fürst Bismarck den gegenwärtigen Moment auch mit Rücksicht auf den soeben von ihm in der auswärtigen Politik, durch den Abschluß der "Tripelallianz" errungenen Triumph zu einer Maßregel gewählt hat, welche ihm entweder einen Erfolg über parlamentarische Gegner bringen oder den "Konfliktkloß" vermehren muß, dessen Ansammlung behufs eventueller Benutzung bei einer Auflösung schon seit einiger Zeit betrieben zu werden scheint; eine solche Kombination der Eindrücke der auswärtigen Politik mit den jeweiligen Tendenzen der Regierung im Innern ist ja durchaus nach der Methode des Kanzlers. Nebrigens ist anzunehmen, daß die Botschaft auch bestimmt ist, durch die eindrucksvolle Art, wie der Kaiser persönlich darin für die gegenwärtigen und späteren sozialpolitischen Vorlagen eintritt, Propaganda für diese Entwürfe zu machen; aber praktisch ist für den Augenblick doch nur der auf die Staatsberathung bezügliche Theil. Wie die Dinge nun, namentlich auch vermöge der beim Zentrum neuerwachten kirchenpolitischen Hoffnungen liegen, wird die Staatsberathung in der gegenwärtigen Session wohl nur davon abhängen, wie lange das Haus beschlußfähig zu erhalten ist.

— Hinsichtlich des Standes der Verhandlungen mit Rom bringt die "Nord. Allg. Zeit." heut folgende Erklärung:

"Durch die bietigen Zeitungen gehen einander widersprechende Gerüchte über die Lage der Verhandlungen mit der Kurie. Die "Neue Preußische Zeitung" behauptet, eine Antwort auf die lezte preußische Note sei aus Rom bereits eingetroffen. Die "Pol. Kor." läßt sich von ihrem römischen Korrespondenten schreiben, „eine Antwort sei vorbereitet und soll ebenso erfolgen.“ Wir sind in der Lage dem gegenüber mitzutheilen, daß eine Antwort aus Rom auf die lezte diesseitige Note hier noch nicht eingegangen, daß aber ihr Eintreffen für Montag in Aussicht gestellt worden ist."

Schwerin, 15. April, Morgens 7 Uhr. Das heute früh 6 1/2 Uhr über das Befinden des Großherzogs ausgegebene Bulletin lautet: Die Krankheitserscheinungen haben seit gestern Abend einen bedrohlichen Charakter angenommen und denselben trotz einer Wendung zum Besseren, die gegen Morgen eintrat, bis jetzt bei-behalten.

Schwerin, 15. April, Vorm. 11 Uhr. Der Großherzog ist heute Vormittag nach halb elf Uhr sanft entschlafen.

Schwerin, 15. April. Laut einer vom großherzoglichen Staatsministerium erlassenen Bekanntmachung hat der verstorbene Großherzog in seinen letzten Lebensstunden den Vorsitzenden des Staatsministeriums, Grafen v. Bassewitz, beauftragt, dem Lande seinen Dank für die Liebe und die Treue auszusprechen, die dasselbe ihm während seiner 41jährigen Regierung gehalten habe.

S. Unser Kaiserhaus ist durch den heute Vormittag 11 Uhr erfolgten Tod des Großherzogs von Mecklenburg in tiefe Trauer versetzt. Die Mitteilung davon, welche dem Kaiser mit der größten Schonung gemacht wurde, hat den Monarchen, der mit inniger Liebe an seinem Neffen hing, tief erschüttert. Die Vorbereitungen zu der auf morgen (Montag) Abend angegesetzten Reise nach Biesbaden wurden auf kaiserlichen Befehl sofort unterbrochen, und zwar, wie es in der darauf bezüglichen Ordre heißt, bis nach der Beisetzung. Wenn der Gesundheitszustand des greisen Kaisers durch diesen schmerzlichen Eindruck nicht leidet, wird er seinem Wunsche gemäß der Beisetzung in Schwerin persönlich bewohnen, andernfalls durch den Kronprinzen sich vertreten lassen. Obgleich die Trauerkunde, nach den lezten Bulletins, die über den Verlauf der Krankheit ausgegeben wurde, nicht ganz unerwartet kommt, ist der hervorgerufene Eindruck ein erschütternder und die Theilnahme mit dem durch den Verlust am meisten Betroffenen eine allgemeine. Es ist uns peinlich, daß "Scherze" dieser Art (bekanntlich hatte Abg. v. Chlapowski dem Abg. Sello später erklärt: er habe, das Versprechen, an der Reichstagssitzung am 12. d. M. ebenso wenig, wie der Abgeordnete Sello, der ihn an diesem Tage in einer Prozeßsache vor Gericht vertrat, Theil zu nehmen, für einen Scherz gehalten) den Herren Deutschen Veranlassung zu Angriffen gegen die Mitglieder der polnischen Fraktion, und dadurch auch der gesamten polnischen Gemeinschaft geben. Wir erwarten nun eine Auflösung, zumal es an jenem Tage sich um eine polnische Angelegenheit handelt, welche, wenn auch nur zum Schein, als mildernder Umstand hätte dienen können. Wir hoffen, daß die Streitigkeit zwischen den Abgeordneten Dr. Sello und v. Chlapowski die Beachtung der polnischen Fraktion auf sich ziehen, und eine offizielle Erklärung verlassen werde."

— [Sekundärbahnhof Montwy nach Kruszwitz.] Die königliche Direktion der Oberschlesischen Eisenbahn zu Breslau ist mit Anfertigung der generellen Vorarbeiten für eine Eisenbahn untergeordneter Bedeutung von Montwy nach Kruszwitz für Rechnung des in Kruszwitz unter dem Vorsitz des Landrats a. D. und Kreisdeputirten von Wilmowitz-Möllendorff auf Marlowitz und Kobelnik zusammengestretenen Komites betraut worden.

A. Trichinenhaltige Schweine. Für die Beseitigung der Kadavertrichinenhaltig befundener Schweine haben die Gemeinden zu sorgen. Für die Stadt Breslau ist durch eine Verfügung der königl. Regierung nachgegeben, daß die Kadaverreste in der städtischen Gasanstalt durch Verbrennen vernichtet werden. Im abgelaufenen Verwaltungsjahre fanden 67 derartige Verbrennungen statt.

r. Röheit. Am Freitag Abend schlug ein angetrunken Schuhmacher in seiner Wohnung auf der Krämerstraße seine Frau und Kinder darunter, daß die eritrete blutete und wegen des Geschehens in der Wohnung ein Menschenauflauf auf der Straße entstand. Schließlich wurde durch einen Schuhmann die Ruhe in der Wohnung wieder hergestellt.

r. Diebstähle. Einer Frau von außerhalb wurde am Freitag in einem Hause auf der Gr. Gerberstraße aus unverschlossener Stube ein großes graubraunes Umschlagetui mit langen Fransen gestohlen. — Am Freitag Abend um 10 Uhr wurden aus dem Lokale eines Schankwirts in der Wasserstraße, während die Gäste noch anwesend waren, mit großer Dreistigkeit zwei Rohrstühle gestohlen. Der Dieb langte nemlich durch das offen stehende Fenster vom Hofe her mit großer Gemüthsruhe ins Lokal hinein, hob beide Stühle empor und entfernte sich mit denselben; die Gäste hatten geglaubt, der Mann sei damit beauftragt die Stühle aus dem Lokale zu tragen.

## Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 16. April. [Private Telegramm der Posener Zeitung.] Der Kaiser reist heut Vormittag 9 Uhr nach Schwerin, von wo er Abends zurückzukehren gedacht.

Dresden, 14. April. Am heutigen Hause ist die Nachricht von dem gestern in Cannes erfolgten Ableben der Erzherzogin Marie Antoinette, einer Nichte des Königs Albert, eingetroffen.

Dresden, 14. April. Die hier stattgefundenen Verhandlungen der Eisenbahn-Direktionen haben dem Vernehmen nach zu einem Kompromiß geführt. Es handelt sich hierbei um die Instradurierung des Verkehrs zwischen Österreich-Ungarn und dem Gebiete westlich von Berlin resp. von Leipzig. Auch der sächsisch-österreichische und der thüringisch-sächsisch-österreichische Verkehr sollen dabei in Frage gekommen sein. Das Statut für den deutsch-österreichisch-ungarischen Verbandsverkehr ist in 15 Paragraphen auf der Basis der Gesichtspunkte abgeschlossen worden, welche bei Beilegung des Konflikts mit der österreichischen Nordwestbahn formuliert wurden.

München, 14. April. Heute wurde in dem sogenannten Goldenen Saale des Schlosses zu Nymphenburg die Rivaltrahung des Herzogs von Sachsen mit der Prinzessin Isabella von Bayern durch den Minister des Königlichen Hauses, ... Statthal-

heim, vollzogen. Zeugen waren die Prinzen Alphons und Ludwig Ferdinand. Von hier begaben sich die Neuvermählten und die Gäste in festlichem Zuge zur Kapelle, woselbst die kirchliche Trauung durch den Erzbischof von München vollzogen wurde.

**Karlsruhe**, 13. April. Der Großherzog und die Frau Großherzogin empfingen heute den Besuch des von Baden-Baden hier eingetroffenen Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch von Russland.

**Bern**, 14. April. Der Bundesrat beschloß heute, mit Rücksicht auf den Ussus gegenüber denjenigen Staaten, bei denen die Schweiz nicht diplomatisch vertreten ist, zur Kaiserkrönung in Moskau keinen Repräsentanten zu entsenden.

**Bern**, 14. April. Der Bundesrat hat die gegen Mérillard verhängt gewesene Auswaltung einstimmig aufgehoben, betreffs der demselben verliehenen bischöflichen Würde aber die Rechte der beilegten Kantone, namentlich diejenigen des Kantons Genf in ihrem ganzen Umfange vorbehalten.

**Kopenhagen**, 14. April. Das Folkeching hat die Adresse an den König, in welcher dem gegenwärtigen Ministerium das Misstrauen des Folkeching ausgesprochen wird, mit 72 gegen 20 Stimmen angenommen. Die Adresse wird dem König durch den Präsidenten und Vizepräsidenten überreicht werden.

**Paris**, 14. April. Die "Agence Havas" veröffentlicht folgende Note: Einige Journale geben sich den Anschein, als hätten sie eine ganz besonders genaue Mittheilung über die Konvertirung der Rente, sowie über die Konvention mit den verschiedenen Eisenbahngeellschaften usw. erhalten. Wir sind ermächtigt, aufs Neue zu erklären, daß kein Journal vertrauliche Mittheilungen der Regierung empfängt und auch keine Mittheilung der gebachten Art empfangen hat.

**Paris**, 14. April. Wie das "Journal officiel" meldet, ist der Fregattenkapitän Kergadec zum außerordentlichen Gesandten am Hofe von Hué ernannt worden. Kergadec ist dem Unternehmen nach beauftragt, von dem Kaiser Tüüc die sofortige Ausführung der Verträge von 1874 zu verlangen. Dem "Temps" zufolge wird Kergadec dem Kaiser von Anam einen neuen, die Rechte Frankreichs genauer präzisirenden und besser garantirenden Vertrag überreichen. Wenn der Kaiser denselben nicht annimmt, dann würden wirksame Maßregeln für die Ausführung der Verträge von 1874 ergriffen werden. — Wie das selbe Blatt meldet, werde Bourse, Gesandter in China, abberufen werden. Die französische Regierung habe den von Bourisse unter seiner eigenen Verantwortlichkeit mit China abgeschlossenen Vertrag nicht genehmigt.

**Paris**, 14. April. Nach aus Konstantinopel hier vorliegenden Nachrichten soll der Tabaksregie Entwurf im Palais auf Schwierigkeiten stoßen.

**Paris**, 15. April. Die legitimistischen Blätter "Union" und "Gazette de France" erklären die über den Gesundheitszustand des Grafen Chambord umgebenden ungünstigen Gerüchte für ungründet. Graf Chambord sei durch eine Verstauchung genötigt gewesen, einige Zeit lang das Zimmer zu hüten, befindet sich aber schon seit 8 Tagen wieder vollständig wohl, empfange zahlreiche Besuche und werde nächsten Dienstag von Goritsche, wo er sich jetzt aufhält, nach Trohsdorf zurückkehren.

**Marseille**, 13. April. Heute konnten ca. 400 Arbeiter unter dem Schutz von Gendarmen ihre Arbeit am Hafen wieder aufnehmen, die übrigen Arbeiter gegen den Strike fort und war das Militär genötigt, gegen die Strikenden einzuschreiten und dieselben zu zerstreuen. Mehrere Personen wurden verhaftet. Man befürchtet, daß auch die Schiffarbeiter die Arbeit einstellen.

**London**, 14. April. In dem gegen Bradlaugh wegen Gotteslästerung angestrengten Prozesse gab heute die Jury das Urteil "Nichtschuldig" ab.

**London**, 14. April. Dem Unternehmen nach sind 4 Geheimpolizisten nach Mexiko abgegangen, um die Nachforschungen nach der im Dubliner Mordprozeß als Nummer Eins bezeichneten Persönlichkeit fortzuführen. — Zum Schutz der Königin während deren am 17. d. M. erfolgenden Überfahrt nach Osborne sind außergewöhnliche Vorichtsmahregeln getroffen; zu demselben Zwecke sind bereits jetzt mehrere Beamte der geheimen Polizei in Cowes eingetroffen.

**London**, 14. April. Nach einer Mittheilung des "Reuternen Büros" aus Brisbane hat die Regierung der Kolonie Queensland von der Insel Neu-Guinea formell Besitz ergriffen.

**London**, 15. April. Dem "Observer" zufolge hat die Polizei aus Belgien die Mittheilung erhalten, daß eine bedeutende Quantität Dynamit auf einem in der vorigen Woche aus Antwerpen ausgelaufenen englischen Schiffe verladen worden sei.

**Brüssel**, 15. April. Der König leidet an einer starken Grippe und hat deshalb die Reise nach Gent zum Besuch der dortigen Gartenbau-Ausstellung aufgegeben.

**Rom**, 14. April. In der Deputirtenkammer erklärte heute bei Berathung des Marinebudgets der Ministerpräsident Depretis im Namen des Kabinetts, daß dasselbe mit dem Marineminister solidarisch sei. Die Kammer nahm eine von Delvechio vorgelegte, von dem Ministerium acceptierte, motivierte Tagesordnung mit 168 gegen 54 Stimmen an. 51 Deputirte enthielten sich der Abstimmung; ein großer Theil der Rechten stimmte für das Kabinett.

**Rom**, 14. April. Wie die "Agenzia Stefani" meldet, wurden gestern 1,700,000 Francs Papier gegen Metall umgewechselt.

**Rom**, 14. April. Der König hat den bayrischen Gesandten empfangen, welcher ihm ein Schreiben des Königs von Bayern und dem Kronprinzen den St. Hubertusorden überbrachte. Heute Abend findet ein Banket in der bayrischen Gesandtschaft statt, zu dem die Minister und das diplomatische Corps eingeladen sind. — Der König verließ dem bayrischen Gesandten von Tauphoues den Großorden des Ordens der italienischen Krone und ernannte den Legationssekretär Boehm zum Offizier desselben Ordens.

**Rom**, 15. April. Dem anlässlich der Vermählung des Herzogs von Genua mit der Prinzessin Isabella von Bayern gestern Abend in der bayrischen Gesandtschaft stattgehabten Galabaden wohnten der Minister des Auswärtigen Mancini, der deutsche Botschafter von Neudell, der englische Botschafter Paget und andere Mitglieder des diplomatischen Corps bei. Der Minister

des Auswärtigen toastete auf das Wohl des Königs von Bayern und des neuvermählten Paares, der bayrische Gefandte auf das Wohl des Königs von Italien und das Haus Savoien. — Der König und die Königin von Rumänien sind von Pegli, wo sich dieselben aufhielten, über die Gotthardbahn nach Deutschland abgereist.

**Schlüselburg**, 14. April. Die Neva ist bis auf drei Werft aufwärts von hier eisfrei.

**Odessa**, 13. April. Der Herzog von Chartres ist auf seiner Reise von Konstantinopel in Sebastopol angekommen und beabsichtigt, am 17. d. M. nach Batum weiter zu reisen.

**Konstantinopel**, 14. April. Die Mitglieder der Konferenz in der Libanonfrage sind auf den 16. d. M. zu einer neuen Sitzung einberufen worden in der Erwartung, daß der russische Botschafter bis zu diesem Tage in den Besitz von Instruktionen von seiner Regierung gelangt sein werde.

**Ottawa**, 14. April. Die Regierung von Kanada hat einen Vertrag mit der Schiffsgesellschaft "White cross" in Antwerpen abgeschlossen, worin derselben für den Transport von Passagieren und Waaren zwischen Antwerpen und Montreal einmal per Monat und umgekehrt eine Subsidie gewährt wird.

Verantwortlicher Redakteur: G. Fontane in Posen.  
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

### Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
14. Nachm. 2	752,9	N mäßig	bedeckt	+ 6,2
14. Abends 10	752,9	N mäßig	wolkig	+ 3,8
15. Morgs. 6	752,5	N schwach	bedeckt	+ 3,1
15. Nachm. 2	753,1	N schwach	bedeckt	+ 7,3
15. Abends 10	753,7	N schwach	bedeckt	+ 4,6
16. Morgs. 6	753,0	N schwach	bedeckt	+ 1,6
Am 14. April	Wärme-Maximum: + 6,4 Grad			
" "	Wärme-Minimum: + 2,8 "			
" 15.	Wärme-Maximum: + 9,3 "			
" "	Wärme-Minimum: + 2,5 "			

### Wasserstand der Warthe.

Posen, am 15. April Morgens 1,66 Meter

16. Morgens 1,66

### Telegraphische Börsenberichte.

#### Bonds-Course.

**Frankfurt a. M.**, 14. April. (Schluß-Course.) Ziemiał fest, still. Lond. Wechsel 20,445. Pariser do. 81,75. Wiener do. 170,77. R.-M. S.-R. Rheinische do. — Hess. Ludwigsb. 101,8. R.-R.-Pr. Antw. 127,8. Reichsb. 102,4. Reichsbank 149,2. Darmst. 155,4. Reining. Br. 97,8. Del.-Aug. Br. 71,00. Kreditakt. 270,4. Silberrente 67,8. Goldrente 83,8. Ung. Goldrente 76,8. 1860er Loope 120,8. 1864er Loope 31,90. Ung. Staats. —. do. Ostb. 66,11. 96,8. Böhm. Westbahn 264,8. Elisabethb. —. Nordwestbahn 176,8. Galizier 264,8. Franzosen 290,8. Lombarden 126. Italiener 91,1877er Russen 89,8. 1880er Russen 72,8. II. Orientali. 57,8. Bentr. Pacific 112,8. Distrikto-Kommandit. —. III. Orientali. 57,8. Wiener Banverein 94,8. 5% österreichische Papierrente 79,8. Buschekräder —. Capover. 76,8. Gotthardbahn 127,8. Türken 12,8. Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 269,8. Franzosen 289,8. Galizier 264,8. Lombarden 127,8. II. Orientali. —. III. Orientali. —. Egypfer. —. Gotthardbahn 127,8.

**Frankfurt a. M.**, 14. April. Effekten-Course. Kreditaktien 270,8. Franzosen 289,8. Lombarden 127,8. Galizier 264,8. österreich. Papierrente —. Egypfer 76,8. III. Orientali. —. 1880er Russen —. Gotthardbahn 127,8. Deutsche Bank —. Nordwestbahn —. Elbtal —. 4proz. ung. Goldrente 76,8. II. Orientali. —. Böhmisches Nordbahn —. Ziemiał fest.

**Wien**, 14. April. (Schluß-Course.) Schwankend.

Papierrente 78,87,8. Silberrente 79,90. Destr. Goldrente 98,20. 5proz. ungarische Goldrente 120,40. 4proz. ung. Goldrente 90,12,8. 5proz. ung. Papierrente 88,10. 1864er Loope 119,50. 1860er Loope 131,75. 1864er Loope 167,50. Kreditloof 171,75. Ungar. Prämien. —. Kreditaktien 315,70. Franzosen 339,00. Lombarden 147,80. Galizier 308,75. Kasch.-Oderb. 146,75. Pardubitzer 150,00. Nordwestbahn —. Elisabethbahn 216,50. Nordbahn 2780,00. Destr. ungar. Ban. —. Lürt. Loope —. Unionbank 117,40. Anglo-Austr. 116,50. Wiener Banverein 110,00. Ungar. Kredit 312,00. Deutsche Blätze 58,50. Londoner Wechsel 119,60. Pariser do. 47,40. Frankfurter do. 99,30. Napoleons 9,48,8. Dutaten 5,62. Silber 100,00. Marknoten 58,50. Russische Banknoten 1,18,8. Lemberg-Garnowic —. Kronpr. Rudolf 164,50. Franz. Josef —. Duz. Bodenbad —. Böhm. Westbahn —. Elbtal 227,75. Cravau 225,25. Buschekräder —. Destr. 5proz. Papier 93,15.

**Wien**, 14. April. (Schluß-Course.) Schwankend.

Papierrente 78,87,8. Silberrente 79,90. Destr. Goldrente 98,20.

5proz. ungarische Goldrente 120,40. 4proz. ung. Goldrente 90,12,8.

5proz. ung. Papierrente 88,10. 1864er Loope 119,50. 1860er Loope 131,75.

1864er Loope 167,50. Kreditloof 171,75. Ungar. Prämien. —.

Kreditaktien 315,70. Franzosen 339,00. Lombarden 147,80.

Galizier 308,75. Kasch.-Oderb. 146,75. Pardubitzer 150,00.

Nordwestbahn —. Elisabethbahn 216,50. Nordbahn 2780,00.

Destr. ungar. Ban. —. Lürt. Loope —. Unionbank 117,40.

Anglo-Austr. 116,50. Wiener Banverein 110,00. Ungar. Kredit 312,00.

Deutsche Blätze 58,50. Londoner Wechsel 119,60. Pariser do. 47,40.

Frankfurter do. 99,30. Napoleons 9,48,8. Dutaten 5,62.

Silber 100,00. Marknoten 58,50. Russische Banknoten 1,18,8.

Lemberg-Garnowic —. Kronpr. Rudolf 164,50. Franz. Josef —.

Duz. Bodenbad —. Böhm. Westbahn —. Elbtal 227,75.

Cravau 225,25. Buschekräder —. Destr. 5proz. Papier 93,15.

**Wien**, 14. April. (Schluß-Course.) Bewegt.

3proz. amortist. Rente 80,32,8. Borsa. Rente 79,35. Kreditleib.

de 1872 113,10. Italiener 5proz. Rente 90,90. Destr. Goldrente 88,83.

6proz. ungar. Goldrente 102,4. 4proz. ungar. Goldrente 77,4.

5proz. Russen de 1877 92,4. Franzosen 717,50. Lombard. Eisenbahn-Alten 323,75. Lombard. Prioritäten 295,00. Türken de 1885 12,07,8. Türklenloof 57,75. III. Orientantleib —.

Credit mobilier 360,00. Spanier neue 64,8. do. inter. —. Surzanal-Alten 2511,00. Banque ottomane 762,00. Union gen. —. Credit foncier 134,00. Egypfer —. Banque de Paris 1050. Banque des Comptes 540,00. Banque hypothécaire —. Lond. Wechsel 25,22,8.

Spanier inter. 64,8. do. neue Spanier —. Ungar. Goldrente —. Egypfer 385,00. 3proz. Rente —. Banque ottomane 762,00. Surzanal-Alten —. Lombarden —. Franzosen —. Besser.

**Florenz**, 14. April. 5proz. Italiener. Rente 91,15. Gold 20,00.

**London**, 14. April. Consols 102,8. Italiener. 4prozentige Rente 90,8. Lombarden 12,8. 3proz. Lombarden alte 11,8. 3proz. do. neue 11,8. 3proz. Russen de 1871 86,8. 3proz. Russen de 1872 85,8. 3proz. Russen

de 1873 87,8. 5proz. Türkten de 1865 11,8. 3proz. fundierte Amerik. 105,8. Österreichische Silberrente —. do. Papierrente —. 4proz. Ungarische Goldrente 76. Destr. Goldrente 82,8. Spanier 64,8. Egypter 76. Ottomanbank 20,8. Preuß. 4proz. Consols 101,8. Ruhig. Silber 50,8. Blasdiestkont 2,8 v.G.

Aus der Bank flössen heute 101,000 Pfds. Sterl. nach Holland. Newyork, 14. April. (Schlußkurse.) Wechsel auf Berlin 94,8. Wechsel auf London 4,82,8. Cable Transfers 4,85,8. Wechsel auf Paris 5,19,8. 3prozentige fundierte Anleihe 102,8. 4prozentige fundierte Anleihe von 1877 119,8. Erie

